

FREIE TRIBÜNE

# EU-Lagerpolitik



Photo: UNHCR

**Flüchtlinge sollten sich frei bewegen können statt in Lager in Europa und Nordafrika inhaftiert zu werden, findet Claude Frentz.**

Mehr Infos:  
[www.nolager.de](http://www.nolager.de)  
[www.infoladen.lu](http://www.infoladen.lu)  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

Es bestehen keine Zweifel: In Nord-Afrika entsteht eine exterritoriale Lagerinfrastruktur für MigrantInnen, bislang einzig auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen wie etwa dem zwischen Libyen und Italien. So hat "die italienische Regierung im Rahmen eines gemeinsamen Antiimmigrationsabkommens Libyens Grenzüberwachungstechnologie und Ausstattungen für Flüchtlingsquartiere geliefert und im Norden Libyens die Errichtung eines ganzen Internierungslagers finanziert. Sie beabsichtigt, für zwei weitere Abschiebelager die Finanzierung bereitzustellen. Desgleichen kam sie bislang für etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in Staaten Afrikas und Asiens auf. Den Tod vieler MigrantInnen wohl einkalkulierend, lieferte Italien gleich 1.000 Leichensäcke mit." (1)

Bei Massenabschiebungen wird auf einen bereits bestehenden, zum größten Teil ver-

steckten Lager- und Internierungskomplex zurückgegriffen. Das bestätigt u.a. die Untersuchung des italienischen Politologen Paolo Cuttitta für Tunesien: "In Tunesien gibt es inzwischen dreizehn mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafeinrichtungen. (...) Laut inoffiziellen Informationsquellen werden viele Migranten von den italienisch-tunesischen Abschiebelagern einfach an die Südgrenze zu Algerien begleitet und dort in der Wüste abgesetzt." (2)

## Von Libyen bis Luxemburg

Das von allen in der Chamber vertretenen Parteien ausgearbeitete neue Asylgesetz bildet die juristische Grundlage der "rétention administrative", also der Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren von Menschen, deren einziges "Verbrechen" darin besteht, Papiere zu besitzen, die in irgend einer administrativen Hinsicht nicht "in Ordnung" sind. Dieser Text schreibt nahtlos die - sich gerade in Krisenzeiten verstärkende - allgemeine Tendenz zu immer repressiveren Gesetzen gegenüber als lästig empfundenen Randgruppen fort. Denn obwohl die Zahl der AsylbewerberInnen in der ganzen EU seit Jahren zurückgeht, bleibt die konstant zunehmende Kriminalisierung dieser Bevölkerungsgruppe eine traurige Realität.

Trotz zweifacher "opposition formelle" des Staatsrates, ließ sich die für die Ausarbeitung des neuen Asylgesetzes zuständige Kammerkommission nicht beirren und blieb dabei: Unerwünschte MigrantInnen können nun für 12 Monate weggesperrt werden. In Beugehaft sollen all jene genommen werden, die den Behörden ihre Identität verschweigen bzw. falsche Angaben zur Person machen. Dass es jedoch

gute Gründe gibt, seine Identität nicht preisgeben zu wollen, liegt in der absurden Logik der "Dubliner Konvention" sowie weiterer juristischer Fallstricke (Konzept der "sicheren Drittstaaten", ...) begründet. Voraussichtlich werden jedoch noch weitere Kategorien von MigrantInnen (abgewiesene Asylbewerber, Asylbewerber aus anderen EU-Ländern, Sans Papiers, ...) im "Centre fermé" bis zur ihrer Abschiebung eingesperrt werden.

Überhaupt ersetzt das EU-Lagersystem eine einheitliche EU-Asyl- und Migrationspolitik. Wieso sollte sich aber ein/e Migrant/in nicht frei durch die EU bewegen können? Würden in der EU gemeinsame Standards existieren, die sich natürlich an den besten Modellen orientieren müssten, wäre dies möglich.

## Wo bleibt die Opposition?

Wie das deutsche Grundrechtekomitee unterstreicht sind "Lager in all ihren ver-

schiedenen Gestalten mit den Grund- und Menschenrechten unvereinbar. Dieses ist vor allem gegen jene Menschen gerichtet, die den politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Verwerfungen neoliberaler Globalisierung zu entfliehen suchen. Wer Menschen in ein 'centre fermé' steckt, erniedrigt sie als Menschen, kappt ihre Chancen, menschlich zu leben." (3) Erstaunlich und traurig zugleich ist der Umstand, dass keine der aktuellen Chamber-Parteien diese Auffassung zu teilen scheint. Sachzwanglogik und handfeste machtpolitische Interessen haben auch Grüne und LSAP das Inakzeptable akzeptieren lassen. Die Normalisierung des migrationspolitischen Ausnahmezustandes macht leider auch nicht vor den Organisationen der Zivilgesellschaft halt. Von Asti, Caritas und co. ist kaum mehr grundsätzlicher Widerspruch zur inhumanen Abschiebep Praxis und zum EU-Lagerregime zu hören.

## Alternativen

Dass es sehr wohl alternative Denksätze gibt, die das Migrationsphänomen nicht aus Sicht einer schnell aufziehenden Gefahr begreifen, sondern vielmehr - im Angesicht der demographischen Entwicklung, die Europa in ein Altenheim verwandeln wird - als eine Chance sieht, scheint in der momentanen Diskussion unterzugehen.

Eine repressive Migrationspolitik führt nur zur weiteren Förderung klandestiner Aktivitäten. Eine offene, auf EU-Ebene koordinierte Herangehensweise würde es jedoch vielen Menschen erlauben, aus der Illegalität herauszutreten und sich aktiv an der Entwicklung ihrer Herkunftsländer zu beteiligen. Die Migrationsforscherin Catherine Withol de Wenden schreibt hierzu folgendes: "Les migrants s'installent dans la mobilité, dans une migration pendulaire faite d'allers et retours et de liens entretenus avec leur pays d'origine. L'ouverture favorise le mouvement! On observe bien, à l'intérieur de l'espace européen sans frontières, combien les migrations durables d'un Etat à l'autre sont rares. (...) La politique de fermeture

bloque sur place, par crainte de perdre leurs droits, tous ceux qui auraient préféré pratiquer des allers et retours et, à terme, repartir chez eux. Plus fondamentalement, la fermeture alimente la clandestinité et favorise l'établissement, alors que l'ouverture permet la fluidité et la circulation des flux migratoires." (4)

Auch die von der UNESCO kürzlich geforderte multilateralen Initiative zur Schaffung einer neuen, global aktiven, Migrationsorganisation ist interessant.

## ... und Widerstand

Neben der kategorischen Ablehnung der in sich inhumanen Abschiebep Praxis und des Lagerregimes, stehen für uns vor allem Alternativen, wie die Forderung nach einer sofortigen und kontinuierlichen Regularisierung der Betroffenen im Vordergrund. Neben einer grundsätzlichen Änderung der momentan nicht existenten EU-Immigrationspolitik, ist es wichtig, sich für das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen einzusetzen.

Aus der Geschichte können wir lernen, dass der Angriff auf die Rechte von Minderheiten sich in konzentrischen Kreisen auf immer mehr gesellschaftliche Kategorien ausdehnt. Schon alleine deshalb wäre eine Solidarisierung mit den schwächsten Teilen unserer Gesellschaft, den AsylbewerberInnen und den illegalisierten MigrantInnen, dringend notwendig.

Es ist wohl kein Zufall, dass neben einem Knast für MigrantInnen auch bereits laut über weitere Gefängnisneubauten hierzulande nachgedacht wird. Der brandaktuelle Staatshaushalt lässt keinen Zweifel zu: Die linke, soziale Hand des Staates verkümmert, während die rechte, repressive Faust aus dem Samthandschuh platzt. Bonjour les dégâts ...

Claude Frentz

Infoladen "Schréibs" asbl

## Quellen:

(1) Grenzverlauf Wüste - EU-Lagerpolitik in Nordafrika, No Lager - Zeitung Nr. 2, 2005

(2) Das diskrete Sterben, Freitag, 14.8.2004

(3) Der Krieg gegen die trikontinentale Massenarmut - Migration, Flucht und die Rückkehr der Lager Grundrechtekomitee, 17.3.2005.

(4) On ouvre les frontières? Revue Homme & Libertés / Panoramiques, 2001

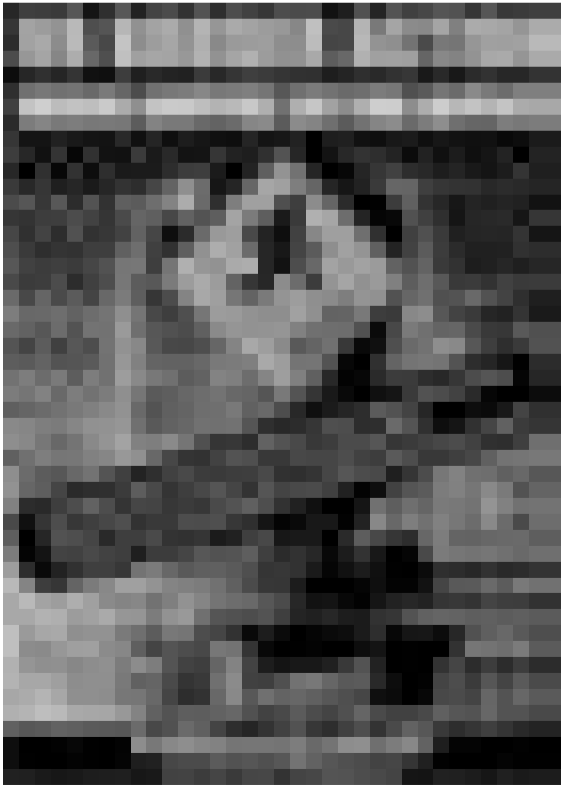


Illustration: Groupe d'information et de soutien des immigrés, [www.gisti.org](http://www.gisti.org)